



März 2004

Südostasien auf dem Weg aus der wirtschaftlichen Krise?

Norbert von Hofmann, FES Singapur

- Für die kommenden Jahre wird für Südostasien ein Wirtschaftswachstum von 5-6 % prognostiziert.
- Südostasien bleibt abhängig von Fremdkapital und sieht sich im Kampf um Auslands-Direktinvestitionen dem immer stärker werdenden Konkurrenten China gegenüber.
- Das Investitions-Image Südasiens hat sich nach den jüngsten Krisen – Banken- und Finanzskandale, SARS, Terrorismus, Vogelgrippe – noch nicht erholt.
- Korruption und weit verbreitete Armut sind nach wie vor die grundlegenden gesellschaftlichen und politischen Probleme der Region.
- Die zügige Etablierung einer funktionierenden Staatengemeinschaft könnte die Perspektiven der ‚Vereinigung südostasiatischen Staaten - ASEAN‘ verbessern.

“Bounce Back! Finally some good news for Asia’s Economy!” lautete die Titelseite der Far Eastern Economic Review am 28. August 2003. Für die seit Mitte der 90er Jahre von der Wirtschafts- und Finanzkrise in Asien, den Ereignissen des 11. September, dem Bali-Attentat, SARS und Vogelgrippe gebeutelte Wirtschaft Südasiens werden wieder vorsichtig optimistische Prognosen ausgestellt.

Die wichtigsten Wirtschaftsdaten der südostasiatischen Staaten:

	Einwohner In Tsd.	Wachstum des BIP in %			CPI in %
		2002	2003 *	2004 *	2003 *
Indonesien	214.400	3,7	4,1	5,5	7,0
Vietnam	79.200	6,4	7,2	7,1	3,0
Philippinen	77.200	4,4	4,0	4,5	3,5
Thailand	61.600	5,3	5,8	7,5	1,9
Burma/Myanmar	48.200	5,2	5,0	6,0	60,0
Malaysia	24.500	4,1	4,5	5,5	1,2
Kambodscha	13.500	5,5	3,9	5,5	2,0
Laos	5.400	5,9	4,0	6,0	11,4
Singapur	4.100	2,2	1,1	4,5	0,5
Brunei	342	3,2	4,0	4,5	1,2
ASEAN	528.400	4,6	4,8	5,7	

* Geschätzt (Alle Daten ADB, FEER und Singapore Straits Times)

Perspektiven und Herausforderungen der sechs größten südostasiatischen Volkswirtschaften:

Indonesien

Der private Konsum war in 2003 der Motor des 4,1 %igen Wachstums. Das Doppelte wäre allerdings erforderlich gewesen, um die aufgrund des Bevölkerungswachstums steigende Arbeitslosenquote zumindest stabil zu halten: Derzeit sind bei einer Erwerbsbevölkerung von 90 Millionen Menschen offiziell 6 Millionen ohne Arbeit, die Dunkelziffer wird bei 35 Millionen vermutet. Insbesondere junge Leute sind betroffen und finden keinen Einstieg ins Berufsleben: 60 % der offiziell arbeitslos gemeldeten sind zwischen 15 und 24 Jahre alt.

Grund für die relative Wachstumsschwäche sind neben stagnierenden Staatsausgaben und kriselnder Exportwirtschaft (insbesondere die Nachfrage nach indonesischen Textilien ist aufgrund der Dollarschwäche eingebrochen) die trotz sinkender Zinsen ausbleibenden Investitionen. Dies ist wiederum auf die politische Instabilität, mangelnde Rechtssicherheit, Korruption und Bürokratisierung zurückzuführen. Hinzu kommt, dass die Rupiah zwar bei einer Inflationsrate von 7 % in 2003 relativ stabilisiert werden konnte, doch neue Skandale den noch lange nicht abgeschlossenen Sanierungsprozess des Bankensystems gefährden.

Die anstehenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen könnten einen zusätzlichen Unruhefaktor, auch in wirtschaftlicher Hinsicht bedeuten.

Positiver sind die Aussichten auf dem Energiesektor. Die Erschließung von 14 neuen Ölfeldern wurde angekündigt, wodurch sich die Reserven um etwa 1 Mrd. Barrel erhöhen könnten.

Malaysia

Aufgrund eines im Mai 2003 aufgelegten Wirtschafts-Förderprogramms ist das

Wachstum robust: es lag in 2003 bei über 4,5 %. Auch andere makroökonomische Werte, sieht man vom Haushaltsdefizit in Höhe von 5,5 % des BIP ab, sind positiv. Investitionen stiegen um fast 70 %, Exporte wuchsen um 8 % und der Aktienmarkt legte 24 % zu. Das alles bei einer Inflationsrate von nur 1,2 % und einer vergleichsweise niedrigen und weiter sinkenden Arbeitslosenrate von 3,7 %. Steigender privater Konsum und niedrige Zinsen komplettieren das investitionsfreundliche Gesamtbild. Neuere Ölfunde in Sabah bestärken die Zuversicht: Für 2004 wird ein Wachstum von mindestens 5,5 % erwartet.

Auch nach dem Rücktritt von Premierminister Mahathir im Oktober 2003 sind keine Veränderungen in der Wirtschaftspolitik festzustellen, die das Vertrauen ausländischer Investoren in die neue Führung in Frage stellen könnten.

Es gibt jedoch auch Grund zu Sorge: Islamitische Fundamentalisten gewinnen an Bedeutung und deren Partei PAS gewinnt zumindest regional an Macht. Dies könnte ausländische Investoren abschrecken und stellt für den neuen Premierminister eine große Herausforderung dar. Entscheidend wird der Ausgang der bevorstehenden Nationalwahlen sein.

Die Philippinen

Der durch den Sparkurs der Regierung bedingte Rückgang der staatlichen Nachfrage wird durch eine steigende private Nachfrage ausgeglichen, sodass das 2003 erreichte Wachstum in Höhe von fast 4% in 2004 überschritten werden könnte (was allerdings bei einem Bevölkerungswachstum von über 2% kaum positive Auswirkungen auf den Lebensstandard der Menschen haben wird). Die philippinischen Gesamtschulden belaufen sich auf 70% des BIP und werden nur noch von Myanmar (Burma) übertroffen, dessen Verschuldung 95 % des BIP ausmacht.

Es wird erwartet, dass vor allem der Service-Sektor zulegt, insbesondere in den Be-

reichen Transport und Kommunikation, was wiederum Spill-Over-Effekte verspricht. Mit einem wachsenden Service-Sektor sollte auch die Produktivität in anderen Sektoren und das Pro-Kopf-Einkommen steigen. Die anstehenden Präsidentschaftswahlen mit unsicherem Ausgang stellen jedoch einen erschwerenden Faktor dar.

Trotz der Bemühungen um Staatshaushalts-Konsolidierung wächst das Vertrauen der Investoren nur langsam, weitere Anstrengungen zur Verbesserung des Investitions-Images sind nötig. Es gilt weiterhin die Korruption zu bekämpfen, die Sicherheit und politische Stabilität zu gewährleisten, und letztlich auch die Armut zu verringern: 40 % der Bevölkerung leben nach wie vor unterhalb der Armutsgrenze.

Singapur

In Reaktion auf die anhaltende Strukturkrise wurden die Körperschafts- und Einkommenssteuern zu Lasten erhöhter indirekter Steuern gesenkt, was sicher jedoch nur einer der Gründe für den Aufschwung im 4. Quartal 2003 ist, durch den doch noch ein positives Wachstum in 2003 von 1,1 % erreicht werden konnte. Im Oktober korrigierte die Regierung die offizielle Prognose für 2004 nach oben, man geht jetzt von 3,5 bis 5,5 % Wachstum aus. Manche Beobachter prognostizieren sogar fast 6 %. Singapurs Wirtschaft liegt dabei im Sog des beginnenden US-Aufschwungs, von dem sie weiterhin maßgeblich abhängig bleibt.

Die inländische Nachfrage zieht derweil trotz der durch die Steuerreform erhöhten Real-Löhne nicht merklich an, da die erhöhten indirekten Steuern, das geringe Lohnwachstum und vor allem die zunehmende Arbeitslosigkeit (die Arbeitslosenquote lag im dritten Quartal 2003 bei 5,9 %) die Konsumwirkung der Steuersenkung konterkarieren. Eine Erholung des Arbeitsmarktes ist trotz des Wachstums nicht in Sicht. Ob tatsächlich, wie derzeit diskutiert, eine Lohnkostensenkung durch Ab-

bau der Sozialversicherungsbeiträge eine Besserung bringen wird, darf bezweifelt werden.

Um den Stadtstaat zukunftsfähig zu machen, hat die Regierung eine Wirtschaftskommission eingesetzt. Sie soll Singapur zu einer ‚führenden globalen City‘ entwickeln, die kreative Menschen aus allen Ländern der Welt anziehen kann.

Thailand

Aufgrund einer expansiven Fiskalpolitik wird erwartet, dass auch in 2004 der private Konsum in Thailand steigt. Die investitionsfreundliche Politik, gewaltige Infrastrukturentwicklungsprojekte, die Bemühungen um bilaterale Freihandelsabkommen und insbesondere die Steuererleichterungen für Fremdinvestoren, der stabile Baht und die niedrigen Leitzinsen machen Thailand für ausländische Investoren interessant, sodass die Wachstumsprognosen positiv ausfallen: bis 2005 werden jährlich ca. 6 - 7 % erwartet. Positiv stimmt zudem die Entwicklung des Exports, der im ersten Halbjahr 2003 um 20 % im Wert stieg. Die steigende Verschuldung des Landes scheint die Regierung nicht weiter zu beunruhigen.

Verhalten vorankommende Strukturreformen in Verbindung mit einem politischen und wirtschaftlichen Beziehungsgeflecht könnten die Wettbewerbsfähigkeit Thailands jedoch beeinträchtigen.

Die zunehmende Verschuldung und Expansion auf Grundlage niedriger Kreditzinsen lassen erste Befürchtungen über eine neue spekulative Blase aufkommen. Hinzu kommt die sich immer noch ausbreitende Vogelgrippe sowie die Unruhen im überwiegend islamischen Süden des Landes, Probleme, bei deren Bewältigung die Regierung ‚Thaksin‘ bislang keine glückliche Hand gezeigt hat.

Vietnam

Trotz SARS und Irakkrieg verzeichnete Vietnam in 2003 wieder ein beachtliches

Wirtschaftswachstum von über 7 %. Das Handelsdefizit Vietnams nahm allerdings erheblich zu, vor allem durch die steigende Binnennachfrage nach importierten Konsumgütern.

Die Staatsverschuldung droht angesichts verringerter Zolleinnahmen anzusteigen, was durch fallende Öleinnahmen noch verstärkt werden könnte. Staatsgelder versickern unterdessen noch immer in wenig zukunftsfähige Industrien, während der Mittelstand auf der anderen Seite durch fehlenden Zugang zu Krediten und hohe Zinsen behindert wird. Die steigende Inlandsnachfrage sollte dennoch auch in den nächsten Jahren ein 7 %iges BIP-Wachstum tragen, zudem werden steigende Erlöse aus dem Tourismus erwartet. Offen bleibt die Auswirkung der Vogelgrippe, unter der Vietnam ebenso sehr leidet wie Thailand. Eine Notschlachtung des gesamten Geflügelbestandes und ein damit zusammenhängender Rückgang des Tourismus um 5 % könnten für das Land laut Weltbank bis zu 1,8 % weniger BIP bedeuten.

ASEAN's wirtschaftliche Integration

Die regionale Integration kommt seit Beginn der asiatischen Finanz- und Wirtschaftskrise nicht mehr richtig voran. Nach einem 20 jährigen Wachstum, höher als das der meisten anderen Länder der Welt, gingen die ausländischen Direktinvestitionen um 2/3 zurück und das gemeinsame Wirtschaftswachstum nahm um 50 % ab.

Die 1992 gegründete ASEAN Free Trade Area (AFTA) hält noch lange nicht, was der Name verspricht. So sollten in jedem Land bis 2003 die Zölle von mindestens 60 % aller Produkte fallen, doch tatsächlich trifft dies heute beispielsweise in Thailand nur für 4,2 %, auf den Philippinen sogar nur für 3,7 % der Produkte zu. Der Trend geht in Richtung eines Protektionismus, der die Unternehmensberatung McKinsey zu dem Urteil kommen lässt, Investoren müssten ASEAN auch weiterhin und auf

lange Sicht als einen *“disparate mix of 10 largely distinct markets”* betrachten.

Der im Rahmen des ASEAN-Gipfels Anfang Oktober 2003 in Indonesien abgeschlossene Bali-Vertrag II scheint den Prozess des Zusammenwachsens auf den ersten Blick nun endlich zu beschleunigen, bzw. überhaupt erst wieder in Gang zu bringen. Erstmals in der 35 jährigen Geschichte der ASEAN sprachen die Staats- und Regierungsführer von einer ASEAN-Gemeinschaft (community), die auf drei sich gegenseitig tragenden Säulen ruhen soll, einer sicherheitspolitischen Kooperation, einer wirtschaftlichen Kooperation und einer sozio-kulturellen Kooperation.

Während die Aussagen zur ASEAN-Sicherheitsgemeinschaft (ASC) noch sehr vage sind und die zur ASEAN Sozial- und Kulturgemeinschaft fast ganz fehlen, gibt es zu der ASEAN-Wirtschaftsgemeinschaft (AEC) bereits konkrete Vorgaben: So soll ab 2004 der interne Güterhandel vereinfacht werden, in dem in sieben Sektoren (u.a. Elektronik, Automobile und Textilien) Zölle fallen und die Bürokratie reduziert wird. 2005 wird das visa-freie Reisen innerhalb der ASEAN-Staaten möglich sein, und bis 2010 sollen Gesundheitswesen, Luftverkehr und eCommerce-Sektor liberalisiert werden. Der wirklich entscheidende Schritt wird jedoch erneut in ferne Zukunft geschoben: Ein freier einheitlicher Markt taucht erst in der Vision 2020 auf.

Singapur und Thailand geht dies nicht schnell genug. Beide drängen auf eine Öffnung des Marktes schon im Jahr 2015. Singapur geht sogar noch weiter und schlägt für jedes Land die Benennung eines Integrations-Ministers, sowie die Anwendung des 2+x-Prinzips vor: Sobald sich zwei Nationen einig sind, sollen sie ihre Märkte zusammenlegen dürfen. Die anderen ASEAN-Staaten sollten diesem Bündnis dann schrittweise beitreten. Bleibt zu fragen, ob in einem solchen Szenario die schwächeren ASEAN-Länder, wie zum

Beispiel Laos oder Kambodscha, jemals aufgenommen werden können.

ASEAN's Öffnung

Ähnlich schwer wie mit dem Marktzusammenschluss tun sich die ASEAN-Länder mit der Öffnung des bestehenden Zollverbunds nach Außen. Verschiedene Freihandelsabkommen sind derzeit in Verhandlung.

Im Jahr 2000 wurde mit China erstmals der Aufbau eines Free Trade Agreement (FTA) anvisiert, und dieser Plan 2002 in Kambodscha in einem "Framework Agreement on Comprehensive Economic Cooperation" konkretisiert. Bis 2004 sollen die Verhandlungen abgeschlossen sein. Für die ursprünglichen sechs ASEAN Länder (Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur, Thailand und Brunei) sollen demnach bis 2010 alle Zölle fallen, Burma, Kambodscha, Laos und Vietnam sollen 2015 folgen.

Erste Schritte in Richtung eines FTA hat ASEAN auch mit Japan und dem australisch-neuseeländischem Wirtschaftsverbund (CER) vereinbart. Freihandelsabkommen mit Korea, Indien, den USA und der Europäischen Union (EU) sind in Planung. Mit der EU wurde im April 2003 eine EU-ASEAN Handels-Initiative zum Ausbau der gegenseitigen Handelsbeziehungen (TREATI = Trans-Regional EU-ASEAN Trade Initiative) andiskutiert.

Das Fernziel bleibt zudem eine 'East Asia Free Trade Area', welche die ASEAN-Mitglieder, China, Japan und Korea umfassen soll.

Wenngleich viele Partner drängeln, fällt es ASEAN aufgrund der mangelnden wirtschaftspolitischen Gemeinsamkeiten und der gravierenden Unterschiede in der wirtschaftlichen Entwicklung seiner Mitglieder schwer, als lukrativer Handelsblock aufzutreten. Dies wiederum provoziert nationale Alleingänge, wobei insbesondere das Freihandelsabkommen Singapurs mit den USA

(USSFTA) für Aufmerksamkeit sorgte. Andere ASEAN-Staaten klagen, Singapur könnte damit eine Hintertür für den Westen geöffnet haben und fürchten, dass US-Produkte nun über Singapur zollfrei in ASEAN-Länder gelangen könnten, ohne dass dies umgekehrt möglich wäre. Neben Thailand, das im Oktober 2003 ein Freihandelsabkommen mit den USA ab 2004 vereinbart hat, wollen die Philippinen und Malaysia nun ebenfalls bilaterale Freihandelsabkommen mit den USA abschließen.

Für die kleineren ASEAN-Länder sind Freihandelsabkommen derzeit keine Option, da sie hauptsächlich Agrarprodukte exportieren und damit für Freihandelsabkommen uninteressant sind. Dadurch droht allerdings die Gefahr, dass weitere bilaterale Abkommen Keile zwischen die ASEAN-Länder treiben und multilaterale Lösungen aus dem Blick geraten könnten.

ASEAN und China

Der rasante wirtschaftliche Aufstieg Chinas wird in Südostasien mehrheitlich mit Sorge betrachtet. Flossen Mitte der 80er Jahre noch 75 % der direkten Ostasien-Investitionen aus den USA in den ASEAN-Raum, sind es heute nur noch 10 %. 80 % fließen nach China. Die rasch wachsende Inlandsnachfrage und die steigende Arbeitsqualität machen China attraktiv für Fremdinvestitionen.

Im Rennen um Fremdkapital kann ASEAN allerdings aus verschiedenen Gründen durchaus bestehen: Kapitalrenditen in China sind schließlich noch immer niedriger als in den vergleichbaren Ländern Südostasiens.

Zudem werden Unternehmen, die bereits in ASEAN-Ländern in den Aufbau von Strukturen investiert haben, auch weiterhin Kapital dorthin fließen lassen, solange Stabilität und Sicherheit gewährleistet sind. Wird darüber hinaus der derzeit wachsende südostasiatische Inlandsmarkt homogeni-

siert, wird das enorme Nachfragepotenzial zusätzliche Investitionen anziehen.

China kann für ASEAN sogar zur Wachstumsmaschine werden. Zum einen, weil der Handel zwischen China und ASEAN für beide Seiten Gewinne verspricht, zum anderen, weil aus China wieder in Richtung Südostasien investiert wird.

Dass mit China ein Konkurrent erstarkt, muss von den ASEAN-Ländern also zwangsläufig akzeptiert und die Herausforderung angenommen werden. Eine etwaige Krise Chinas, sei sie wirtschaftlicher oder politischer Art, würde Südostasien schließlich auch nicht nutzen, sondern im Gegenteil empfindlich schädigen, wobei sich die Frage stellt, wie lange China sein rapides Wachstum noch aufrechterhalten kann, bzw. welche Folgen ein Wachstumsrückgang für Südostasien haben könnte.

Die Perspektive: ASEAN's Herausforderungen

Die Prognosen für die zehn ASEAN-Staaten stimmen zunächst relativ optimistisch. Alles deutet in der Region auf ein stabiles Wirtschaftswachstum von etwa 5 bis 6 % hin.

Die Risiken sind jedoch enorm, und beschränken sich nicht nur auf unvorhersehbare Zwischenfälle wie den SARS-Ausbruch, die Vogelgrippe und Terroranschläge.

Zunächst ist die besondere Abhängigkeit von der Weltwirtschaft, vor allem aber von den USA zu nennen. Wenn Bushs Konjunkturprogramm, wie befürchtet, nicht langfristig wirkt und sich der US-Arbeitsmarkt nicht bald erholt, wird das negativ auf den US-Konsum durchschlagen, was wiederum erhebliche Folgen für die vom Export abhängigen ASEAN-Länder haben wird.

Zweitens hat sich das Investitions-Image Südostasiens nach der Finanz- und Wirtschaftskrise 1997/98 noch nicht erholt,

zumal es unter anderem von Terroranschlägen wie dem Bali-Bombenattentat erneut erschüttert worden ist. Die sensibler gewordenen Investoren fordern nun auch Qualitätssprünge und höhere Gewinne – und vor allem Sicherheit und Stabilität.

Eine Freihandelszone und Wirtschaftsgemeinschaft ‚ASEAN‘ könnte einen Markt mit 530 Mio. Menschen bieten, reich an Bodenschätzen, qualifizierten Arbeitnehmern und einer exportorientierten Wirtschaft. ASEAN's Verbrauchermarkt hat mit einem Umfang von 330 Milliarden US Dollar fast die gleiche Größe wie der chinesischen Küstenregion. Zudem kontrollieren die 10 Mitgliedsländer der ASEAN etwa 40 % aller Öl- und Gasvorkommen im asiatisch-pazifischen Raum.

Was fehlt sind nationale Reformen, die eine verstärkte regionale Integration ermöglichen.

Die Faktoren, die ein Zusammenwachsen von ASEAN behindern, bremsen gleichzeitig auch die wirtschaftliche Entwicklung. Eine große Herausforderung ist, dass einzelne Länder noch immer enorme innerstaatliche Krisenherde zu bewältigen haben und daher noch nicht offen sind für multilaterale Lösungen.

Gemeinsam könnten die ASEAN-Staaten die eigenen wirtschaftlichen Perspektiven verbessern und Risiken minimieren. Laut McKinsey könnte ASEAN vor dem Hintergrund der Erfahrungen in der Europäischen Gemeinschaft bei zügiger Integration sein BSP um durchschnittlich 10 % erhöhen. Doch es bleiben Zweifel, ob tatsächlich auf allen Seiten genug politischer Wille bzw. ausreichend politischer Handlungsspielraum vorhanden sind, um zu tun, was getan werden müsste.

Der fehlende politische Wille manifestiert sich auch in der Ablehnung regionaler Institutionen, die gemeinsame politische Entscheidungen transparenter und den tatsächlichen Willen zur Integration deutlich ma-

chen könnten. Das ASEAN Sekretariat in Jakarta hat weder die Macht noch die Ressourcen, um selbständig Politik zu formulieren, noch kann es deren Umsetzung koordinieren und überwachen. Die fehlenden bzw. schwachen ASEAN Institutionen sind bis heute auch der Hauptgrund warum Initiativen zum Abbau von Handelszöllen und zur Abschaffung von Handelsbarrieren

keine entsprechenden positiven Auswirkungen zeigten.

Ohne stärkere Institutionen, die das Interesse der Gemeinschaft nach Außen vertreten können, wird jedes Mitglied ein Vetorecht behalten, mit dem es regionale Entwicklungen verhindern kann.

Ansprechpartner/innen:

Dr. Beate Bartoldus, Tel: 0228-883-515, E-Mail: Beate.Bartoldus@fes.de (verantwortlich)

Roland Feicht, Tel: 0228-883-510, E-Mail: Roland.Feicht@fes.de

Ulrike Ehnes, Tel: 0228-883-535, E-Mail: Ulrike.Ehnes@fes.de

Friedrich-Ebert-Stiftung

Internationale Entwicklungszusammenarbeit, Referat Asien und Pazifik

Godesberger Allee 149, 53170 Bonn

Fax: 0228-883-575

Sie finden den Kurzbericht zum Herunterladen sowie Informationen zur Arbeit der FES in Asien auf <http://www.fes.de/asien> .